

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Gehepalt. Colonnatsätze für Arbeiterzeitung 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 587. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Keinige Anzeigen-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 30.

Duisburg, den 27. Juli 1918.

19. Jahrgang.

Warum müssen wir Arbeiterinnen uns organisieren?

Unter den Arbeiterinnen beginnt der Gedanke der Organisation immer weitere Wurzeln zu schlagen. Sie erkennen an, daß es ein Unbegreifliches ist, mitten in dem ungeheuren Drang des Wirtschaftsliebens allein zu stehen. Nur die vereinigte Arbeitermacht kann helfen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, werden eifrige Kolleginnen für unseren christlichen Metallarbeiterverband. Kein Tag vergeht, wo sie nicht für unsere gute Sache kämpfen. Auf der Straße, in der Werkstatt, Sonntags und Werktagen. Zu Versammlungen sprechen sie zu ihren Kolleginnen und stärken sie zum weiteren Durchhalten. Aus der großen Anzahl tatkräftiger Kolleginnen wollen wir heute eine herausgreifen, unsere Kollegin Theresia Sobotta, die auf einem Werke in Hameln in Westfalen erbeitet. Sie ist die Leiterin der Arbeiterinnenabteilungen, die in den Sektionen unserer Verwaltungskasse Menden bestehen. Vor kurzem hielt sie in einer Arbeiterinnenversammlung einen Vortrag: Warum müssen wir Arbeiterinnen uns organisieren, in welchem unsere Kolleginnen folgende Gedanken und Gesichtspunkte treffend behandelte:

Diese Frage, nach der Notwendigkeit der Organisation, werde Kolleginnen, wollen wir uns heute stellen und beantworten. Wir wollen sehen, welche Rolle heute die Arbeiterinnen in der Industrie spielen. Wie sie heute mit ausschlaggebend auf unsere Produktion einwirken. Wie sie es sind, die die starken und arbeitsfertigen Hände der eingezogenen Männer in vieler Beziehung ersetzen müssen. Außerdem wollen wir ferner sehen, welche Rechte wir von den Arbeitgebern verlangen müssen, um den Gefahren und Nachteilen der Separatarbeit zu begegnen: Suerst wollen wir uns also der Frage zuwenden, ob die Frauarbeit in der Industrie tatsächlich notwendig ist.

Das Ideal ist, daß die Frau dem Manne als treue Gefährtin zur Seite steht, um die häusliche Arbeit zu erleichtern und die Kinder zu erziehen. Die Frau gehört ins Haus, ebenso aber das junge Mädchen. Da, was die Frau in der Familie sein soll, muß das Mädchen später werden. Darum ist der Platz des jungen Mädchens dort, wo es sich auf seinen späteren Lebensberuf vorbereiten kann. Leider ist aber dieses Ideal nicht immer durchführbar. Lieberwägt doch das weibliche Geschlecht in seiner Anzahl ganz bedeutend das männliche. Also haben nicht alle Mädchen einen Platz in der Familie. Leben aber müssen alle und darum sind viele auf die Erringung einer Existenz angewiesen. Wir sehen daher heute, wie die Mädchen die Unversität besuchen, um später einen Doktor-Schiff einzunehmen, wie sie das Staatsexamen machen, um in den höheren Beamtenstellen ihr Brot zu verdienen, auf das Bureau gehen, um ihr Leben lang dort zu arbeiten. Die Arbeiterkinder aber müssen zur Fabrik, um ihr Leben zu fristen. Es ist also die Verwirklichung des Ideals nicht möglich vor der Hand, und wir müssen uns mit den Tatsachen abfinden und das Los der Arbeiterinnen nach Möglichkeit ihren Naturanlagen gerecht werdend, umgestalten. Besonders müssen wir bedenken, daß nach dem Kriege Hunderttausende von Männern nicht wieder kommen. Ihren Hinterbliebenen kann der Staat nun nicht soviel Unterstützung gewähren, daß sie davon allein leben können. Sie sind also gezwungen, sich durchzuhelfen und die Mehrzahl wird auf die Fabrik angewiesen sein. Verlangen aber müssen wir unbedingt, daß es wenigstens den Müttern möglich ist, ohne Fabrikarbeit mit ihrer Familie durchzukommen. Sonst wird ohne die nötige Pflege der Mutter ein Geschlecht heranwachsen, welches verwaist und unerzogen, später nicht eine Stütze, sondern eine Last für das Vaterland wird. Gegenwärtig aber zwingt uns der starke Mangel an Arbeitskräften, auch unsere letzte Kraft, die weibliche, anzuspannen, um unsere Munitionserzeugung zu heben.

Ohne diese sind unsere Krieger dem Verderben feindlicher Geschosse wehrlos ausgeliefert. Darum haben sich im Interesse des Vaterlandes unsere Heldinnen der Heimat zu dem Opfer entschlossen, alles zu tun, unsere Kämpfer draußen zu unterstützen. Es ist also jetzt wirklich notwendig, daß die Frauen und Mädchen in der Fabrik arbeiten. In fast alle Berufswege und Industriezweige ist die Frauenerwerbstätigkeit eingebunden. Weibliche Arbeitskräfte sind tätig in der Gießerei, als Kernmacherinnen, sie verrichten Form- und Schubarbeiten. In den maschinellen Betrieben finden wir die Arbeiterinnen an der Drehbank, an der Gewindeherstellungsmaschine, an der Bohr-, Fräß- und Sägemaschine, als Konstruktoren, am Stanzen, Pressen, Aufbohren, Falzen, Versetzen, in der Klempnerei, als Schneiderinnen, an Transportarbeiten, als Kranführerinnen usw. Aber wir müssen auch trotz der harten Notwendigkeit, verlangen, daß die Frauenerwerbstätigkeit auf das Mindestmaß herabgedrückt wird, daß man der Frau keine Arbeit zumutet, zu der sie infolge ihrer weiblichen Anlagen nicht fähig ist. Wir müssen verlangen, daß unsere Bedürfnisse Rechnung getragen wird. Daher sind wir berechtigt zu fordern:

Daß die sittlichen Gefahren möglichst beseitigt werden.

In sehr vielen Fällen wäre ein Zusammenarbeiten beider Geschlechter zu vermeiden. Leider ist es ja Tatsache, daß besonders junge Mädchen von unsauberen Elementen verführt, ein Opfer dieser Zusammenarbeit werden. Daher getrennte Arbeitsräume, wo es nur immer möglich ist. Besonders aber getrennte Wasch- und Umkleieräume und diese müssen in genügender Größe vorhanden sein. Auch müssen sie den hygienischen Anforderungen gerecht werden. Sie müssen geheizt werden können und sauber sein.

Die Maximalarbeitszeit für die Frauen muß auf acht Stunden reduziert werden, damit denselben Gelegenheit zu häuslicher Betätigung gegeben wird. Bei den Müttern aber sollte die 6stündige Arbeitszeit eingeführt werden, damit die Kindererziehung wenigstens nicht ganz vernachlässigt wird. Auch die Arbeiterkinder sollen brauchbare Glieder der Gesellschaft werden. Woher aber sollen sie Bildung, Erziehung und Wissen erhalten nach der Schulzeit, wenn die Mütter erst um 6 oder 7 Uhr von der Arbeit kommt? Das muß baldigt aufhören, es muß wenigstens soweit kommen, daß die Mütter um 4 Uhr die Arbeit verlassen.

Die Frauen und Mädchen dürfen nicht zu Arbeiten herangezogen werden, denen sie nicht gewachsen sind. Darunter gehört das ganze Frauengeschlecht, und unsere Jugend wird vorzeitig ihrer besten Kräfte beraubt. Daher sind zum Heben und Jochigen schweren Arbeiten die notwendigen Einrichtungen zu treffen oder die notwendigen Hilfskräfte zu stellen. Das deutsche Volk muß im Interesse der Volksgesundheit eine Ausbreitung unserer Frauenkräfte verhindern.

Es sind Fabriksegeerinnen einzuführen, die darüber zu wachen haben, daß diese Forderungen auch wirklich erfüllt werden.

Im zweiten Punkte komme ich auf die materielle Forderung. Da heißt der erste Grundsatz: „Gleiche Leistung, gleicher Lohn“. So berechtigt der Grundsatz an sich ist, hat er in unserem Erwerbsleben niemals und namentlich nicht in der Bezahlung der Frauenerwerbstätigkeit gegolten. Der Tagelohn ist meistens viel zu gering, weit niedriger, als der der männlichen Arbeiter. Wir wollen nicht zu Lohnärztern unserer Väter, Männer und Brüder werden. Die Misshandlung, die doch meist an die Geschicklichkeit große Forderungen stellt, müßte doch der Frau zum wenigsten das gleiche Verdienst einbringen, wie dem Manne. Es ist schon gesagt, daß das Ideal der Betätigung der Frau in der Familie besteht. Es wird sie also immer nur die Notlage zur Fabrik treiben. Eine sittliche Pflicht, eine Pflicht der Gerechtigkeit, ist es daher, daß der Lohn so ausreichend ist, daß die Familie auch wirklich davon unterhalten werden kann. Sonst wird sich als Folge Intemperanz, Stehsum, vorzeitiges Alter und Krankheit einstellen. Die Frau wird mit ihren Kindern dabei zu Grunde gehen und unabsehbarer Schaden wird unsere ganze Volkswirtschaft treffen. Besonders bei der jetzigen Teuerung, die alles Maß übersteigt, müssen ganz andere Löhne gezahlt werden, wie jetzt allgemein üblich ist. Ist es doch keine Seltenheit, daß man uns heute einen Lohn von 3,50—4 Mk. anbietet. Das genügt nicht einmal, um die notwendigen Nahrungsmittel zu beschaffen, von anderen Lebensbedürfnissen gar nicht zu reden. Muß doch ein Mädchen, das 3,50—4 Mark verdient, 20 Tage und noch länger für ein Paar Schuhe arbeiten.

Während der Lohn nur durchweg eine ganz minimale Erhöhung gefunden hat, sieht man, wie die wichtigsten Bedürfnisse der Lebenshaltung ungläubliche Höhen erreicht haben, manche Artikel sind um mehrere 100 Prozent gestiegen. Das kann so nicht weitergehen. Wir müssen verlangen, daß die Löhne so hoch bzw. die Preise so erniedrigt werden, daß es möglich ist, durchzukommen.

Ferner müssen wir verlangen, daß der Arbeiterfamilie Luft und Licht in ausreichender Wohnung gewährt wird. Die Wohnungsfrage muß baldigt gefühlig geregelt werden. Für die Jugendlichen aber, ohne Eltern und Heim, sollten in guten Häusern billige, sittlich einwandfreie Schlafstätten geboten werden.

Wie erreichen wir nun, was wir heute als notwendig erkannt haben? Wir müssen alle geschlossen und einmütig uns zusammenschließen, um wenn notwendig unseren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Das können und tun wir im christlichen Metallarbeiterverband. Er wird unsere Stärke und Hilfe sein in allen Standesfragen, er hält auch unsere christlichen Grundsätze hoch und wird uns helfen, die sittlichen Fragen unseres Standes im christlichen Geiste zu lösen. Der Verband erkämpft uns ausreichenden Lohn und gute Arbeitsbedingungen. In schon sehr vielen Betrieben haben es die Kollegen und Kolleginnen erfahren, was sie in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Organisation zu verdanken haben. Nun gilt es aber auch, auf dem betretenen Wege weiter zu arbeiten. Darum, Kolleginnen, Arbeiterinnen, auf zur Organisation, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Es ist die höchste Zeit, daß ihr eure Gleichgültigkeit abwerft, euch aufrafft, um euch eine bessere Existenz zu erringen. Die schwerste und aufreibendste

Arbeit finden wir in der Metall- und chemischen Industrie. Das schwerste Joch haben wir zu tragen. Deshalb schart sich zusammen, um mit vereinten Kräften das zu erreichen, was einzelnen nicht möglich ist. Keine von euch, werde Kolleginnen, darf es dulden, daß eure Mitarbeiterinnen der Organisation fern bleiben. Auch die letzte Frau und das letzte Mädchen in dieser Gegend, muß dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten. Dann werdet auch ihr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen und bessere Tage werden für euch kommen.

Die Furcht, Farbe zu bekennen!

In den letzten Juni-Wochen kam es in der Münchberger Tagespresse und im Münchberger Stadtmagistrat zu einer Auseinandersetzung über die Frage des politischen Streiks. Veranlassung hierzu gab die auch den Behörden neuerdings bekanntgewordene Agitation für einen Streik in den Münchberger Betrieben. In einer längeren Erklärung nahmen am 14. Juni die sozialdemokratische Partei (alte Richtung) und Gewerkschaftsorganisation gemeinsam Stellung. Dieser Erklärung zufolge sei die unabhängige sozialdemokratische Partei im Februar ds. Js. die Verwirklichung eingegangen, den vorgenannten beiden Organisationen von etwa geplanten politischen Demonstrationen keine zu geben. Eine solche Mitteilung oder Andeutung sei nicht erlaubt. Ebenbürtig läge in dieser Sache ein Beschluß der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften vor. Diese Erklärung schließt mit einer Warnung an die Arbeiter, sich durch die gegenwärtigen Kriegsschwierigkeiten in keinem anderen Interesse auszuheben zu lassen, als in dem der gesamten Arbeiterbewegung. Diese Erklärung meint nur indirekt vor der einseitigen Agitation der Unabhängigen, vermeidet jedoch eine klare unabweisende Aussage. In sich ersten Fragen ist allerdings nichts verkehrter als Wahrheit. Man wisse nach waren von den Behörden unmissbar Maßnahmen getroffen. Gegenüber wendete sich nun der sozialdemokratische Magistratsrat (alte Richtung) im Münchberger Stadtmagistrat. Er protestierte im Namen der Münchberger Arbeiterkassen gegen die Maßnahmen der Militärbehörde und fragt, ob die Münchberger Arbeiterkassen eine „Münchberger und Münchberger“ sei. Selbst wenn die Münchberger Arbeiter am 23. Juni in den Streik getreten wären, so müßte den drakonischen Maßnahmen jede Verantwortung abgesprochen werden, denn der Streik bedeutet nach lange nicht die Revolution.

Der Oberbürgermeister Dr. Seiler wies in seiner Antwort treffend auf die tatsächlichen Verhältnisse hin. Die Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung unterliegen der Zuständigkeit des kommandierenden Generals. Die geschilderten Maßnahmen hätten sich keineswegs gegen die Münchberger Arbeiter gerichtet, sondern gegen unverantwortliche Elemente, die jeden Augenblick Gewalt herbeizurufen könnten, gegen jene Kreise, welche die äußere Ordnung nicht aufrecht erhalten wollen. Wer Gewalttätigkeiten androht, gegen den müßte mit aller Energie Stellung genommen werden, auch im Interesse der Arbeiterkassen selbst.

Dem christlichen Kurier zufolge sagte der Oberbürgermeister noch weiter:

„Im Januar wurden über die Köpfe der altbewährten Arbeiterführer hinweg die Leute zu Tausenden veranlaßt, die Fabriken zu verlassen. Weite Kreise haben damals den Furcht, die jahrzehntelange ihre Interessen mit der größten Entschiedenheit vertreten haben, einfach deswegen den Gehorsam verweigert, weil eine Anzahl unverantwortlicher Elemente vor den Fabriken aufstellte. Wer garantiert dafür, daß sich dies nicht wiederholt in einer Zeit, wo die Stützung der Produktion die Unzufriedenheit steigert? Von auswärtigen Städten erhielten wir offizielle Protokolle von Komitees die erklärten, daß der Streik im Januar wegen der traurigen Haltung der Arbeiterführer so wenig Erfolg hatte, und daß es ganz anders gekommen wäre, wenn man gleich zu Gewalt übergegangen wäre und die „Schlapphänge“ gezwungen hätte, mitzugehen. Solchen unheimlich wirklichen Elementen muß von vornherein die Pfosten genommen werden, daß es sich um Spätmacherei handelt. Entschieden weise ich die Behauptung zurück, daß die Vorbereitungen sich gegen die Münchberger Arbeiterkassen gerichtet hätten, die sich im ganzen Kriege so tapfer gehalten hat, daß hier keine einzige Fensterheide eingeworfen wurde. Aber ist es nicht unerhörte, wenn die Arbeiterführer um 8 Uhr in ihr Büro gehen, ohne jede Ahnung von dem Verlaufe im Gang befindlichen Streik? Ist dies die Münchberger Arbeiterkassen, die so gehandelt hat? Nein, das waren die unverantwortlichen Hezer, die radikalsten Elemente, die klar sein müssen, daß kein Raum für Spätmacherei ist in einer Stunde, in der die Nation um ihr Bestes ringt.“

Eine Klarstellung in der Streitangelegenheit erscheint vor allem notwendig. Von sozialdemokratischer Seite wird trumpschaft versucht, den politischen Streik Ende Januar als unvorherbereitet hinzustellen. Unvorherbereitet? Wer glaubt in

Wird daran? Das was man kleinen Kindern erzählen. Es ist erklärlich, daß die Arbeiterklasse eines Wertes in der Umkehrung gegen eine ungerechte Maßnahme, z. B. wegen allgemeinem Lohnabzug etc. sich zu einer Arbeitsniederlegung hinreichend läßt. Aber in mehreren Werken oder gar in mehreren Städten zu gleicher Stunde, kann ein Streik nur ausbrechen, wenn er vorbereitet und vorbereitet ist.

Trotz der banalen Selbstverständlichkeit dieser Zusammenhänge hat der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt am 2. Februar ds. Jrs. im bayerischen Landtag über den Januar-Streik u. a. ausgeführt:

„Es ist einwandfrei nachgewiesen, daß der Streik ein wilder, nicht vorbereiteter und nicht organisierter war.“ (Bayer-Staatsztg. Nr. 29.)

Der sozialdemokratische Magistratsrat Treu sagte in der Münchener Magistratsführung, der Tagespost vom 19. Juni 1918 zufolge:

„Dank dieser Disziplin ist auch die letzte große Kundgebung (Streik d. G.) im Januar, trotzdem sie vollständig unvorbereitet entstand, ohne Störung verlaufen.“

Dah sowohl die beiden Redner, wie auch die alte Parteiorganisation durch die Januar-„Kundgebung“ überrollt wurden, erscheint glaubhaft. Aber für so naiv sollte man die Zuhörer im Landtag und im Magistrat doch nicht einschätzen, an den unvorbereiteten Streik zu glauben. Wer dennoch beiden vorgenannten Sprechern Glauben schenkt, mag sich von der Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 26 ds. Jrs.) durch einen Artikel „Jurid. zur Logik“ belehren lassen. Nachdem der Aufruf des deutschen (sozial.) Metallarbeiter-Bundes gegen die unverantwortlichen radikalen Streikführer besprochen wurde, heißt es da weiter:

„Was sagt der Aufruf?“

Darum folgt nicht den unberufenen Beratern und den ungenannten Verfassern von Flugblättern, die auch zu wilden Streiks und Ausschüssen auffordern.“

Und weiter:

„Nicht unberufene Berater und ungenannte Verfasser von Flugblättern, nicht eine Gruppe von Vertrauenspersonen haben euch eine Arbeitsniederlegung anzubefehlen. Wartet! Wartet! Wartet! Glaubt nicht diese kritischen Kollegen, die leben auf dem Monde und wüßten und erfahren nicht, was vorgeht? Soll ich noch denkwürdiger werden? Es gehört schon eine ziemlich starke Unberufenheit dazu, abzuleugnen, was war und ist. Das ist ja doch das Niederträchtigste bei der ganzen Geschichte, daß die Arrangeure des Ganzen sich wie feige Hunde verziehen, von nichts wissen wollen, sich hinter Kriegszustand und allem Möglichen verschütten, sobald es Farbe bekennen heißt, aber den traurigen Rat haben, umsonst und ungenannt Tausende von Existenzen in die Wüste zu jagen.“

Der Vorstand hat also in seinem Aufruf nicht behauptet, daß die vorgekommenen Arbeitsniederlegungen „angeboten“ wurden, sondern er verweist auf das, was kommen sollte. Nun aber einmal offen und ehrlich: Ist nicht von ungenannten und unverantwortlichen Personen in gewisser Weise zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden? Ist nicht den Massen gesagt worden: „Ihr müßt und sollt die Arbeit niederlegen.“ Hat der Kritiker den Mut, dies zu bestritten? Glauben denn diese kritischen Kollegen, wir lebten auf dem Monde und wüßten und erfahren nicht, was vorgeht? Soll ich noch denkwürdiger werden? Es gehört schon eine ziemlich starke Unberufenheit dazu, abzuleugnen, was war und ist. Das ist ja doch das Niederträchtigste bei der ganzen Geschichte, daß die Arrangeure des Ganzen sich wie feige Hunde verziehen, von nichts wissen wollen, sich hinter Kriegszustand und allem Möglichen verschütten, sobald es Farbe bekennen heißt, aber den traurigen Rat haben, umsonst und ungenannt Tausende von Existenzen in die Wüste zu jagen.

Ist eine solche, durch nichts gerechtfertigte Praxis schon jemals Gemeingut gemeinschaftlicher Tugend gewesen? Wie sehr war es nicht nur üblich, vorher gemeinsam über Arbeitsniederlegungen, die Möglichkeit ihrer Durchführbarkeit und den Umfang und den Beginn zu beraten, sondern auch zu beschließen und dann erst zu handeln. Wann und wo ist dies bei dem Januarstreik geschehen? Jeder hieß — Hase, keiner wollte irgendwie zu einer Arbeitsniederlegung aufgefordert, keiner die Hände dabei im Spiele haben. Mut nicht anders aus. Die Massen auf die Straße locken und sie dann schuldig werden lassen — Pini Senkel, dies ist mehr als gemein und niederträchtig. Dies ist gelinde gesagt, eine nicht mehr zu überbietende Schurkerei, die nur Spitzel oder gewissenlose Demagogen fertig bringen können.“

Diese unabweisliche Kennzeichnung der radikalen Methode bedarf keiner weiteren Kennzeichnung. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben allen Grund, dieser radikalen Methode entgegen zu arbeiten. Am wirksamsten geschieht dies durch Stärkung unseres sozial. Metallarbeiterbundes. Nicht nur politische Zwecke, sondern für die Schaffung zeitgemäßer Wohn- und Arbeitsverhältnisse gilt es alle Kräfte einzusetzen. Je mehr wir unsere Reihen durch Gewinnung neuer Mitglieder stärken, umso erfolgreicher können Schwierigkeiten und Arbeiternöte überwunden werden. S., Nürnberg.

Werbegang und Ausfichten der Arbeitskammern

Der 34. Reichstagsantrag, der die Arbeitskammer-Vorlage zu beraten hat, hat vor kurzen seine letzte Sitzung vor den Herren abgehalten. Wenn der Reichstagsantrag auch noch nicht vollständig und endgültig durchberaten ist, so verlohnt sich doch jetzt schon ein allgemeines Ueberblick über das, was bisher im Reichstagsantrag gelehrt wurde, sowie ein Ausblick auf die Zukunft der Vorlage. Dem Reichstagsantrag ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe gestellt, weil die Regierungsvorlage in ihren wesentlichen Teilen völlig ungenügend war und den wichtigsten Forderungen der Arbeiterklasse nicht genügt konnte. Infolgedessen haben sich auch größere Gegenstände bei den Ausfichtenberatungen ergeben und es ist im Augenblick noch gar nicht abzusehen, ob eine Verständigung zwischen Reichsregierung und Regierung zu ermöglichen ist und der Reichstagsantrag zustande kommen wird. Die Ausfichtenberatungen haben bisher noch keine Klarheit über die Zukunft des Reichstagsantrags gebracht.

Die vorstehenden Gegenstände, die auch jetzt noch kritisch ausgeführt sind, drücken sich in der Hauptsache um die Aufgaben der Kammer in ihrer Stellung.

bereit, die Einbeziehung des Friedens- und Einigungs wesens und um die Wahlbarkeit der Vertreter. Ueber die ersten Punkte hat der Reichstagsantrag die Beratungen soweit durchgeführt und gründliche Reformen in Vorschlag gebracht.

Bekanntlich waren in der Regierungsvorlage in Uebereinstimmung mit den Forderungen des Unternehmertums Fachkammern vorgesehen. Mit einer kleinen Mehrheit (15 gegen 13 Stimmen) hat die Arbeitskammerkommission am 11. Juni gemäß den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft demgegenüber den bezirkweisen Aufbau der Kammern beschlossen. Der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. v. Stein vom Reichswirtschaftsamt erklärte, daß dieser Beschluß für die Reichsregierung unannehmbar sei. Auch die von der Mehrheit der Kommission in Aussicht genommene berufliche Gliederung der Bezirkskammern reichte für die Regierung nicht aus, ihre Zustimmung in Aussicht zu stellen. Als die Regierung aber doch ihr Einverständnis zu weiteren Verhandlungen erklärte, wurde nachdem sich die Reichsregierungen mit der Angelegenheit beschäftigt hatten, in der Sitzung vom 25. Juli ein Vermittlungsvorschlag des Abgeordneten Professor Dr. Hite mit einigen Stimmhaltungen angenommen. Demgemäß hat der grundlegende Paragraph 1 der Vorlage nunmehr folgenden Wortlaut:

„Zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden Arbeitskammern errichtet. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig. Sie sollen in der Regel für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden. Soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, können für einzelne oder mehrere verwandte Gewerbegebiete oder für bestimmte Arten von Betrieben besondere Arbeitskammern auf sachlicher Grundlage errichtet werden, sofern sich die Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Errichtung erklären. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden in den Arbeitskammern und in den zu bildenden Abteilungen besondere Arbeitnehmerabteilungen errichtet; deren Mitglieder sind die von den Arbeitnehmern gewählten Vertreter.“

Wenn auch hier nicht alles erreicht wurde, was die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefordert haben, so ist aber doch im wesentlichen ihren Wünschen Rechnung getragen. Auf dieser Grundlage dürfte sich eine praktische erprobte Arbeit der Kammer wohl ermöglichen lassen, wenn die sonstigen Voraussetzungen in den weiteren Bestimmungen des Gesetzes dafür geschaffen werden.

Der Geltungsbereich auf den einzuziehenden Personenkreis war in der Regierungsvorlage viel zu eng gezogen. Gemäß dem Regierungsentwurf würden die Seeleute, Landarbeiter, Eisenbahner und weite Kreise der Angestellten außerhalb der Arbeitskammern geblieben sein. Damit hat sich der Reichstagsantrag nicht einverstanden erklärt. Es würde auch ganz unverständlich sein, so große Schichten der Arbeiterschaft von diesem Gesetz auszuschließen.

Die Kommission hat mit 13 gegen 10 Stimmen beschlossen, daß die Seeleute den Arbeitskammern zu unterstellen sind unter zweifelhafte Ausgestaltung der Kammer für diesen Berufsgruppe. Die vorgebrachten Bedenken, daß durch eine solche gesetzliche Interessenvertretung die Seemannschaft gelöst werden könnte, wurde mit Recht als nicht stichhaltig abgelehnt.

Mit einer ebenfalls starken Mehrheit hat der Reichstagsantrag (19 gegen 6 Stimmen) die Unterstellung der Landarbeit unter das Gesetz beschlossen. Für sie sollen im Rahmen der allgemeinen Arbeitskammern besondere Fachkammern errichtet werden. Die Notwendigkeit einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der Landarbeiterschaft wurde von allen Parteien, wie auch von der Regierung, anerkannt; aber die Regierung sowie die Vertreter der Reichsparteien wollten diese Vertretung auf landwirtschaftlicher Grundlage im Anschluß an die Landwirtschaftskammern vornehmen. Dem hat die große Mehrheit der Kommission entgegengelehrt und nicht zugestimmt. Insbesondere hat der Abg. Kollewe Behrens betont, daß die Regierung dieser Kreise durch die Bundesstaaten wieder große Unleichheiten schaffen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Landarbeiterschaft in keiner Weise Rechnung tragen würde. In der reichsrechtlichen Ordnung müsse unter allen Umständen seinehalten werden. Damit wurde auch die Grundlage für eine reichsrechtliche Reform des zerstückelten Landarbeitersrechts geschaffen. Diesen überzeugenden Gründen hat sich die große Mehrheit der Kommission nicht verschließen können.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau Georg Stinnes f.

Am 5. Juli starb in Berlin, wo er seit einigen Jahren seinen Wohnsitz hatte, unser langjähriges Reichstagsmitglied und Mitglied des Reichstagsgeheimrates Georg Stinnes nach längerer Krankheit. Wir bedauern in ihm ein außerordentlich tätiges und gewissenhaftes Mitglied, der unsere Bewegung seit dem Jahre 1905 angeführte. Kollege Stinnes war aus der ursprünglichen Arbeiterbewegung heraus auf unseren sozialdemokratischen Reichstagsparteien übergetreten. Er gehörte den ehemaligen Arbeiter- und Bürgervereinen an. Seit dem Jahre 1904 an. Im Jahre 1908 wurde er durch das Vertrauen der Offener Kollegen in den Reichstag unserer Partei in den Reichstag gewählt. In beiden Legislaturen war er durch sein scharfes, zweckvolles Wesen außerordentlich geschätzt und sein Rat und sein Urteil hatten

einen guten Klang. Wir alle werden ihm mit seiner tranenden Witwe und seinem im Feibe stehenden Sohne ein treues Andenken bewahren und sein diebes treues Arbeiten sowie seine aufopferungsfreudige Pflichterfüllung allezeit hoch in Ehren halten.

Gegen die Arbeiterchaft.

Der Arbeitskammerauschuß des Reichstages hat dem Großindustriellen den Willen nicht getan und daher ihr schärfste Unruhe auf sich gezogen. Während die Industriellen die Zersplitterung der Arbeitskammern in sachliche Gruppen und Gruppchen betreiben und es auch erreicht hatten, daß ihren Wünschen in der Regierungsvorlage Rechnung getragen war, hat die Arbeitskammerkommission jedoch für die Regel die Bezirkskammern beschlossen und für besondere Gewerbegebiete die Bildung von Fachkammern zugelassen. Dieser Beschluß, der erst nach langen Kompromißverhandlungen zustande kam, hat sich bei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 26, 1918) in schlimmen „Zuständen“ geäußert. Sie nennt das einen „unglaublichen Beschluß“ und fällt in ganz unqualifizierbarer Weise über die Mehrheit des Reichstagsauschusses her. Man sei es bald gewöhnt, so meint sie, „daß aus dem Reichstag die unerhörtesten, dem wahren Volksinteresse aufs schärfste widersprechenden Ansichten und Entschlüsse hervorgehen“. Für das Sprachrohr der Arbeitgeberverbände ist es feststehend, daß unser deutsches Volk heute durch Leute vertreten wird, denen „jedes Verständnis für die wahren Empfindungen und Interessen der Nation abgeht“.

Solche Angriffe und überheblichen Annahmen richten sich von selbst. Die Mehrheit der Arbeitskammerkommission wie die Volksvertreter im Reichstag überhaupt, werden sich durch solche Anpöbelungen in ihrem pflichtgemäßen Verhalten natürlich nicht betren lassen. Woher die Blätter der Arbeitgeber-Zeitung stammt, verrät sie in einem anderen Satz, wo es heißt, daß der vorerwähnte Beschluß „ein neues, ganz einseitiges Zugeständnis an die Gewerkschaften, insbesondere an die Klassenkampf-gewerkschaften, bedeute“. Dagegen bäumt sich naturgemäß die ganze Schärfe moderner der „Arbeitgeber-Zeitung“ auf. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist das ein neuer Beweis dafür, welche schauze Luft gegenwärtig aus dem Unternehmertum herüberweht. Die Gegenstände werden von der anderen Seite andauernd weiter verschärft, von einem wirtschaftlichen Burzweigen scheint schon längst keine Rede mehr zu sein. Die denkende Arbeiterschaft wird aus dieser Entwicklung die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

Der 11. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

Die diesjährige Haupttagung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B., mit dem Sitz in Köln, fand unter reger Beteiligung aus allen Teilen des Landes vom 14.-15. Juli im Städtischen Saalbau zu Essen statt.

Dem Reichsverbande deutscher Konsumvereine gehörten am 1. Januar 1918 250 Genossenschaften an mit einer Mitgliederzahl von 308 865. Der erreichte Umsatz für 1917 beläuft sich auf 72 Millionen Mark. Die Reserven erreichten die Höhe von 3,4 Millionen Mark.

Herr Verbandsdirektor Schladt sprach über „Die künftige Verbrauchs-güterwirtschaft und die Konsumgenossenschaftsbewegung“.

Die Zwangswirtschaft sei für die Kriegszeit und eine kurze Uebergangszeit notwendig, ohne dieselbe hätten wir den Krieg längst verloren. Eine schrittweise Umgestaltung sei jedoch dringlich notwendig. Anordnung, Aufsicht und Kontrolle den Behörden, Warenwirtschaft, dem genossenschaftlichen und privaten Handel, dieses Ziel müsse angestrebt werden. Die Konsumgenossenschaften und ihre Groß-Einkaufszentren müssen in die Kriegs- und Uebergangswirtschaft eingegliedert werden. (Eine entsprechende Entschlieung fand Annahme.)

In den Nachmittagsverhandlungen berichtete an erster Stelle Herr Schriftleiter Brauer, Köln, über „Die Organisation der Geldwirtschaft der Verbraucher“. Die Kapitalkonzentration sei gegenüber Industrie und Gewerbe zu einer Wachstumsentwicklung von größter Tragweite geworden. Ein Gegengewicht ist nur zu erhoffen, wenn die Verbraucher auf die Verbindung der aus ihren eigenen Kreisen hervorgehenden stabilsten Einfluß nehmen. Als Mittel schlägt er die Errichtung einer Genossenschaftsbank unter den Organisationen der Konsumvereine, Angestellten und Arbeiter vor.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach Herr Verbandssekretär Heimbeck über „Unsere Bildungsarbeit in der kommenden Friedenszeit“, des weiteren Herr Verbandssekretär Nid über „Einführung einer Unterstufungskasse für Angestellte und Arbeiter der Konsumvereine“. Die Einführung der Kasse wurde zum 1. Januar beschlossen.

Die Konsumvereinebewegung ist ein notwendiger regulierender Faktor im deutschen Wirtschaftsleben geworden, an den besonders die Arbeiterschaft das allergrößte Interesse hat. Die Konsumvereinebewegung zu stärken und zu fördern ist neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die die vornehmste Aufgabe des Arbeiters darstellt, ebenfalls Pflicht der Arbeiterschaft.

Unerhört

Ist es, was heute manche Kreise den Kriegsindustrie-Arbeitern zu bieten wagen. Das Gerücht von den schwindelhaft hohen Arbeitslöhnen, von den angeblichen Kriegsgewinnen der Arbeiter wird trotz aller sachlichen Richtigstellungen immer toller. Draufziger Beweis dafür ist ein Artikel im Berliner Lokal-anzeiger, der sich mit der angeordneten Kleiderabgabe beschäftigt und dabei über die „beweisenswerten“ Munitionsarbeiter wie folgt herfällt:

„Wie kommt man dazu, uns die Kleider vom Leibe zu ziehen, um sie Munitionsarbeitern mit zwei Mark Stundensohn anzuziehen? Die Herren sind doch gewiß in der Lage, sich selbst zu versorgen. Man sieht sie kaum anders, als mit Zigarette oder Zigarre im Munde einherstreifen, sie amüßeren sich im Cafe und Kino und trinken Sekt. Sonntagsparodieren sie in ihrer Art sehr elegant einher. Auf der Bahn fahren sie handesgemäß zweiter Klasse...“

Warum kann sich denn der Arbeiter seine Kleider nicht selbst beschaffen? Er ist neben den Kriegsgewinnlern der Einzige, der in diesem Kriege viel Geld verdient. Die Leute sitzen in Feinhandlungen herum, trinken teure Weine und

mehr oder weniger Bestand und berechnen sich so, daß die großen und bedeutenden Weinrestaurants lediglich aus diesem Grunde des Sonntags ihre Lokale schließen. Und für diese gut verdienenden Leute soll nun noch der weniger Bemittelte seine Garderobe hergeben? Ist es dann unbedingt nötig, daß der Arbeiter von hinten und vorne mit Schokolade begossen wird? Sein Recht muß und soll ihm ja selbstverständlich werden. Aber Wohlthaten auf Kosten des Mittelstandes braucht er gegenwärtig doch eigentlich nicht."

Solche bloßen Annäherungen sollte man in der Zeit des Bürgerkriegs für unmöglich halten, wenn man sie nicht schwarz auf weiß sehen würde. Die vernünftigen Kreise des Mittelstandes werden sich Abtrügnis ganz entschieden dafür bedanken, in dieser Art und Weise gegen den Arbeiterstand ausgespielt zu werden. Der Mittelstand hat keine Nachteile, wenn wirklich der Arbeiterstand hohe Löhne verdient, auch wird der Mittelstand nicht durch die Kleiderabgabe wie längst noch im Reichszug verächtlich gemacht, belächelt. Es handelt sich hier auch gar nicht um angebliche Gegensätze zwischen Mittelstand und Arbeiterchaft, sondern um eine Hecke gegen die Arbeiterchaft. Den Scharfmachern im Unternehmerlager, die für die Zeit des Kriegsausschlusses den allgemeinen Abbau der Löhne beschlossen haben, wird die Zeit bis dahin schon zu lang und sie möchten jetzt schon auf der ganzen Linie mit Lohn- und Gehaltsfälligkeiten vorgehen. Dafür muß natürlich die richtige Stimmung in der öffentlichen Meinung geschaffen werden. Das glaubt man am besten durch fortgesetzte, andauernde Redereien über die angeblich hohen Phantasielöhne der Arbeiter, erreichen zu können.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Juli der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juli bis 3. August fällig.

Die Ortsgruppe Geislingen erhält die Genehmigung zur Erhöhung der Lokalbeiträge und zwar von 10 Pfg. in den drei ersten und 5 Pfg. in der Jugendklasse ab 1. Juli. Die Verwaltungsstelle Dornmund erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Lokalbeitrages von 20 Pfg. für die Vollmitglieder und 10 Pfg. für die weiblichen und Jugendlichen sowie 5 Pfg. für die Jugendklasse ab 1. Aug. Die wöchentlichen Beiträge betragen somit ab 32. Woche: 1,30 Mark, 1 Mark, 80, 50 und 20 Pfg. Die Sektion Schwabach, Verwaltungsstelle Nürnberg, erhält die Genehmigung zur Erhöhung des Lokalbeitrages von weiteren 10 Pfg. ab 31. Woche. Die Beiträge betragen also von der 31. Woche an 1,20 Mark, 90 und 50 Pfg. Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Diedenhofen. Wer schimpft hat Unrecht, sagt ein Sprichwort. In Nr. 22 unseres Verbandsorgans vom 1. 6. hatten wir in einem Artikel berechtigter Klage geübt an dem Verhalten des Führers des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Jos. Beder im Schlichtungsausschuß in Diedenhofen, weil Beder die niederen Löhne der Arbeiter der Hütte „Friede“ und der Grube Numeh als angemessene Löhne bezeichnete und die Forderung der im Christlichen Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter als agitatorische Machete bezeichnete hatte.

Die Verwaltungsstelle Diedenhofen des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes versucht deshalb durch Schimpfen die Sache abzuschwächen. Sie sandte daher folgendes mit der Schreibmaschine hergestellte Rundschreiben an ihre Mitglieder:

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Diedenhofen. An unsere Mitglieder! Wertvoller Kollege! In einem vom Christlichen Metallarbeiter-Verband hergestellten Rundschreiben, welches in letzter Zeit unter den Arbeitern der Hütte Numeh-Friede zirkulierte, werden Behauptungen aufgestellt, die die Wahrheit mal wieder auf den Kopf stellen. Nach dem Grundsatz: Verleumde nur fest darauf los, es bleibt schon etwas hängen, versucht man im Trüben zu fischen. Es wird darin die Behauptung aufgestellt, Kollege Beder hätte in einer Schlichtungsausschussitzung die Löhne der auf Grube Numeh beschäftigten Bergarbeiter für angemessen erklärt und was ja bei einer „christlichen“ Lage niemals fehlen darf, wird Beder als Verteidiger der Arbeitgeber hingestellt. Wir kennen den Text, wir kennen die Weise. Nachdem dem christlichen Metallarbeiter-Verband immer mehr die Felle der Schwänze wimmeln und er mit feiner Melameschieberei absolut keinen Eindruck auf die Arbeiter macht, versucht man es mal wieder mit Verleumdungen und behauptet eben etwas, was in diesem Sinne überhaupt nicht gesagt werden ist. Damit glaubt man dann Eindruck bei den Arbeitern zu machen. Beder hat ihm in den Mund gelegten Äußerungen nicht gemacht und was den Verteidiger der Arbeitgeber angeht, da mögen sich die Herren Christen mal in ihren eigenen Reigen umschauen und ihr beschränktes Gedächtnis mal einige Zeit retrour anschauen und sie werden auf mehrere Episoden stoßen, wo sie direkt als Verteidiger der Hütten- und Grubenfabrik auftraten. Auf Einzelheiten wollen wir nicht eingehen, die Zeit ist uns zu kostbar und zudem sind ja die „christlichen“ Heldenstücke bei den hiesigen Arbeitern noch in guter Erinnerung. Eine Frage nur? Warum hat man ausgerechnet gerade nur für 30 Mann die betreffende Forderung eingereicht, wenn doch der dem Schreiben der Christen selbst eingetragene, daß die Grubenarbeiter der Grube Numeh und Amalie in ihrer Mehrheit im christlichen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Besteht vielleicht die Belegschaft der beiden Gruben nur aus 50 Mann, dann wäre ja die „Mehrzahl“ vorhanden. Nein, ihr berechneten Christen, so war es doch nicht gemeint. Der christliche Metallarbeiter-Verband wollte man wieder einen großen Zug machen und nachdem dieser mißglückt, suchte und fand man den Sündenbock in der Person des Kollegen Beder, dessen Aussagen man ganz verdreht. Wie sagte doch Stöcker: Sie lägen wie die Leuzel und schwindeln uns Prinzp. Und der kamite keine Pappenhäimer. Kollegen! Laßt euch nicht machen, gebt den Christen die richtige Antwort, klärt eure Arbeiter auf und stärkt euren Verband. Mit Kolleg. Gruß! Die Verwaltung. In diesem Schreiben sind auch mit keinem einzigen Wort unsere Anschuldigungen gegen den so-

zialdemokratischen Beamten Beder widerlegt. Es handelt sich hier nur um ein Gewäsch von Schimpfereien gemeinster Art. Das beweist, wie tief doch noch die führenden Sozialisten im Diedenhofener Bezirk stehen. Auf das sozialdemokratische Rundschreiben näher einzugehen hat keinen Zweck, da in demselben kein einziger Satz zu finden ist, der auch nur einigermaßen dazu angetan ist, unsere Anklage zu entkräften.

Eine direkte sozialdemokratische Unwahrheit wollen wir jedoch richtig stellen. Es handelte sich um eine Lohnbewegung der Grubenmetallarbeiter, auf Grube Numeh. Die Grube Numeh hat nur 40 Metallarbeiter, davon sind 33 im Christlichen Metallarbeiter-Verband organisiert. Somit konnten wir mit Recht von der „Mehrheit“ sprechen. Es handelte sich also nicht darum, um einen „Zug“ zu machen, wie die unehrlichen Sozialisten behaupten. Aber was kümmert das die Genossen in Diedenhofen, die ja jeden Schwindel bei ihren Getreuen anbringen können. Im Schwindel sind die Diedenhofener Sozial nicht mehr zu überreifen, was folgende Tatsachen beweisen.

Als vor mehreren Monaten die im Christlichen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter eine Lohnforderung durch den Arbeiterausschuß einreichten, ließen die sozialistischen Arbeiterausschußmitglieder die christlich organisierten Kollegen im Stich. In ganz Lothringen und selbst in Erier wurde der niederträchtige Schwindel verbreitet: Die Leitung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes habe ihre Mitglieder bei der Lohnbewegung — in Erier hatte der Sozialist Theigen aus der Lohnbewegung bereits schon einen Streit gemacht — im Stich gelassen.

Vor einigen Wochen haben nun die Sozialdemokraten auf der Hütte „Friede“ Lohnforderung durch den Arbeiterausschuß eingereicht. Drei Sozialdemokraten, welche nicht dem Arbeiterausschuß angehören, sollten zu der Sitzung des Arbeiterausschusses hinzugezogen werden, was von der Direktion abgelehnt wurde. Die Direktion erklärte sich jedoch bereit, die drei Sozialdemokraten allein zu empfangen. „Dem Mutigen gehört die Welt“, sagte ein Sprichwort. Dieses Sprichwort ist nur ein Wahrwort für die Sozialdemokraten von der Hütte Friede, wenn es gegen die christlich organisierten Arbeiter geht und wenn es heißt, den sozialdemokratischen Parteifarzen flott zu machen, aber nicht, wenn es heißt Lohnforderungen vertreten. In der Sitzung des Arbeiterausschusses hat der Direktor B. die Arbeiterausschußmitglieder, die Lohnforderung zu begründen. Kein Mensch meldet sich, vor allem waren es die sozialdemokratisch organisierten Ausschußmitglieder, die sich durch Schweigen hervortaten. Da sich keine Seele fand, die die Forderungen begründete, wurden dieselben glatt abgelehnt. Aber auch die drei sozialdemokratischen Vertrauensleute weigerten sich, der Einladung des Herrn Direktor nachzukommen.

Unsere Verbandsleitung hat vor einigen Wochen der Berg- und Hüttenverwaltung in Hayingen und der Direktion der Hütte „Friede“ die Lohnwünsche der Kollegen unterbreitet. Mit der Berg- und Hüttenverwaltung hat unser Bezirksleiter, Kollege Wäcker, bereits eine Aussprache gehabt. Bei dieser Aussprache wurde Kollege Wäcker erklärt, daß die Arbeiter in ihren Lohnwünschen vollständig zufrieden gestellt und der erhöhte Lohn ab 1. Mai nachgezahlt würde. Einen niederträchtigen Streich haben da die sozialdemokratischen Vertrauensleute luxemburgischer Staatsangehörigkeit auf der Berg- und Hüttenverwaltung begangen. Viele Arbeiter dieses Wertes hatten sich unserem Verbandsangehörigen. Da unsere Sekretäre infolge Sperrung längere Zeit nicht nach Hayingen kommen konnten, benutzten die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Verbandes die Gelegenheit und verkauften an die Mitglieder unseres Verbandes ihre Beitragsmarken, nahmen unseren Kollegen die Mitgliedskarten ab und schickten sie nach Stuttgart zum Unterschreiben. Natürlich war dieser sozialdemokratische Schwindel nur möglich, weil die Arbeiter dieses Wertes die deutsche Sprache nicht vollständig beherrschen. Für die notwendige Aufklärung ist natürlich inzwischen gesorgt worden. Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen, denn derartige Gemeinheiten lassen wir uns in Deutschland von irgendwelchen ausländischen Sozialisten nicht gefallen.

Wägen die Kollegen von der Hütte Friede und der Berg- und Hüttenverwaltung treu zusammen stehen und für die notwendige Aufklärung sorgen, damit die Arbeiter sich dem Verbandsangehörigen, der schon vor einem Jahre, als man hier vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband noch nichts merkte, die Interessen der Hüttenarbeiter im Diedenhofener Bezirk vertreten hat und das ist der Christliche Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

Ortsverwaltung Gelsenkirchen. In allerhöchster Zeit wird vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hier selbst eine Umfrage betreffs Stand und Erhöhung der Mieten nebst Feststellung der leerstehenden Wohnungen erfolgen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Erhebungen, besonders für den Arbeiterstand wird ersucht, für alleseitige Ausfüllung und Ablieferung der diesbezüglichen Fragebogen zu sorgen. Keine Arbeiterfamilie darf mit ihren Angaben fehlen.

Obernordf a. N. Im Frühjahr richtete im Auftrage der Arbeiterchaft der Arbeiterausschuß an die Direktion der Waffenfabrik Mauser A.-G. das Ersuchen um eine Verkürzung der Arbeitszeit an Samstagen um 3 Stunden und um entsprechenden Lohnausgleich. Dessen Antrag lehnte die Direktion zuerst ab, gab aber später bekannt, daß die Waffenfabrik den freien Samstagnachmittag einführe. Der erwartete Lohnausgleich wurde jedoch nicht gewährt. Daraufhin wurde durch den Arbeiterausschuß die Forderung auf eine Erhöhung der Feuerungszulage als Ausgleich erhoben, was ebenfalls abgelehnt wurde. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen. In einer Versammlung vom 21. Juni nahmen unsere Verbandsmitglieder zur Lage Stellung. Hierbei wurde die Verbandsleitung beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um neben dem Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung eine grundlegende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Die dem Auftrage kam unsere Ortsverwaltung insofern nach, als diese die Forderungen dem Arbeiterausschuß unterbreitete und dann von dort gleichzeitig an den Schlichtungsausschuß eingereicht wurden. Am 1. Juli fanden vor dem Schlichtungsausschuß Obernordf Verhandlungen mit der Firma

statt. Als Mundanhälter für die Arbeiter waren beauftragt Kollege Bezirksleiter Gengler (Stuttgart) vom christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands und Bezirksleiter Vorhölzer vom Deutschen Metallarbeiterverband. Von den christlichen Gewerkschaften nahm weiter Kollege Vossenmaier an den Verhandlungen teil. Von den Arbeitervertretern wurden eingehend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Waffenfabrik behandelt und zur Regelung derselben folgende Anträge gestellt:

1. Lohnausgleich der Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 54 Stunden.
 2. Festsetzung von Einstiehlöhnen nach den Richtlinien des Kgl. Württ. Kriegsministeriums und entsprechender Erhöhung der Stundenlöhne.
 3. Grundsätze zur Regelung des Akkordwesens und Festsetzung eines entsprechenden Mehrverdienstes.
 4. Entschädigung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie unerschuldetes Aussehen.
- Nach mehrstündiger Aussprache wurden die Verhandlungen auf Donnerstag, den 11. Juli 1918 vertagt. Bei diesen Verhandlungen gab die Firma ihre Stellungnahme bekannt. Sie bedeutete in Punkt 2 und 3 eine Ablehnung der Arbeiterforderungen, sodas zuerst wenig Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mehr vorhanden war. Erst nach längeren Auseinandersetzungen konnte eine Grundlage hierzu erzielt werden. Folgende Vereinbarung kam dann zustande:
1. Die derzeitigen Stundenlöhne werden von 60 auf 54 Arbeitsstunden umgerechnet.
 2. Als Einstiehlöhne werden bezahlt: für gelernte Arbeiter mit 21 Jahren 90 Pfg., für angeleitete Arbeiter mit 21 Jahren 75 Pfg., für männliche Hilfsarbeiter mit 14 Jahren 30 Pfg., mit 18 Jahren 45, mit 21 Jahren 58, mit 21 Jahren 67 Pfg., für weibliche Arbeiter mit 14 Jahren 27, mit 16 Jahren 30, mit 18 Jahren 40, mit 21 Jahren 45 Pfg.
- Diese Sätze geben die normale untere Grenze für die Lohnzahlung der ersten Wochen im Betriebe, solange die Fähigkeiten des Arbeiters noch nicht feststehen. Für Arbeiter, die in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, kann ein entsprechend niedriger Lohn ange setzt werden.
3. Die Akkorde werden abteilungsweise durchgesehen und so festgesetzt, daß Arbeiter, bei durchschnittlicher Arbeitsleistung im allgemeinen verdienen: a) volljährige gelernte Arbeiter nicht unter 1,25 M., b) volljährige Hilfsarbeiter, sofern sie im Akkord arbeiten, nicht unter 1 M.
- Der Stundenlohn der gelernten Arbeiter, die auf Grund der Art ihrer Tätigkeit nicht im Akkord arbeiten können, soll dem Durchschnittsverdienst gleichwertiger Akkordarbeiter nicht nachstehen.
- Ein lediglich durch Fleiß und Geschicklichkeit erzielter höherer Akkordverdienst bildet keinen Anlaß zur Herabsetzung der Akkordpreise.
- Für Nachtzeit, Überzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit werden die Entschädigungssätze bezahlt, die in den Richtlinien des Kgl. Württ. Kriegsministeriums vom 24. 12. 1917, Ziffer II und IV festgelegt sind.
5. Die zur Zeit bestehende Feuerungszulage wird um 1/3 erhöht.
 6. Die Vereinbarung gilt unter Vorbehalt besonderer Abmachungen über die Verlängerung für Kriegsbauer und tritt mit dem 1. Juli 1918 in Kraft.
- Diese Vereinbarung, wenn sie auch nicht alle Wünsche erfüllt, bedeutet aber gegen die bisherigen ungerichteten Verhältnisse, besonders aber in der Umrechnung der Stundenlöhne, der Beseitigung der niederen Löhne und der Erhöhung der Feuerungszulage um 1/3 eine bedeutende Verbesserung. Hier hat wieder die organisierte Arbeiterchaft die Pionierarbeit geleistet. Es wäre nun auch an der Zeit, daß die unorganisierte Arbeiterchaft der Waffenfabrik den Anschluß an die Organisation findet. Ernten wo andere säen, die „Propheten“ des Wirtschaftslebens spielen, ist nicht ehrenhaft. Standesbewusste Arbeiter und Arbeiterinnen finden den Weg zur Organisation, wo sie gemeinsam für die Hebung und Sicherung der Arbeiterverhältnisse tätig sind. Das nötige Standesbewußtsein, der Sinn und Wille zu kameradschaftlicher Arbeit in der Standesorganisation fehlt leider noch vielen Beschäftigten der Waffenfabrik Mauser. Es ist höchste Zeit, daß diese Rückständigkeit beseitigt wird.
- Interessant waren nach einer Seite auch die Darlegungen des Vertreters der Waffenfabrik vor dem Schlichtungsausschuß. Als Gründe für den schlechten Stand vieler Löhne gab er an: 1. Die Ungunst der Verhältnisse (Rückgang der Produktion und niedere Preise), 2. Mitverschulden der Arbeiterchaft, die es unterlassen hat, sich um ihre Verhältnisse rechtzeitig zu bekümmern und keine Anträge gestellt hat. Die Arbeitervertreter konnten hier der Firma nicht unrecht geben. Mangelnde Organisationsfähigkeit des größeren Teils der Arbeiterchaft ist die Hauptschuld, warum es nicht schon früher besser wurde. Wer sich nicht rührt und regt, kann auch keine Geltung beanspruchen. Dieses allein muß der Arbeiterchaft in Obernordf den Weg weisen. Die organisierte Arbeiterchaft bekennt sich auch dafür, für andere Leute, die bloß ernten wollen, aber nicht säen und arbeiten helfen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen.
- Auch bei unsern organisierten Mitgliedern muß es besser werden. Viele hatten sich auch hier, von dem allgemeinen Nichtstun entsetzt lassen und eine geradezu sträfliche Interessenlosigkeit gegenüber der Organisationsfähigkeit entfaltet. Versammlungsbesuch, Vertrauensleutenaktivität, Lieben viel zu wünschen übrig. Auf dem Gebiete der Werbearbeit wurde in den letzten Monaten fast nichts mehr geleistet. Von der Gesamtmitgliedschaft ist nun zu erwarten, daß sie sich auch als Gewerkschaftler wie sie sein sollen, fühlen und betätigen. Die Hände in den Schoß legen, geht nicht an. Nur eigne Arbeit gibt Erfolg. Jeder Kollege und jede Kollegin möge sich deshalb über der Pflichten bewusst sein und sich bestreben, dem Verbande möglichst viele neue Mitglieder zuzuführen. Nur dann geht es auch wirtschaftlich vorwärts und kommt die Arbeiterchaft zur Geltung.
- Obernordf. Rechtsabteilung ist für die Zukunft mitfolgt geregelt:**
- In Kattowitz wird Rechtschutz auf dem Bentalbüro beauftragt. Nr. 2-1 L, an jedem Montag und Sonnabend von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr nachmittags erteilt. Für dringende Fälle auch Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr. Außerdem finden Sprechstunden für Rechtschutzsuchende in Hindenburg, Bahnh. und Reuthen statt.

In Hindenburg jeden ersten Dienstag nach dem 15. eines jeden Monats von 3 Uhr nachmittags ab im Lokale des Herrn Scholz an der Parfissstr.

In Hülshorst jeden ersten Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats von 8,30 Uhr vormittags ab im Lokale des Herrn Wagner (Schiffengarten).

In Heuthen jeden ersten Donnerstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats nachmittags von 6-8 Uhr in dem dortigen Büro an der Kirchstr. 17.

Alle auf den Rechtschussfall bezüglichen Papiere sind in die Sprechstunde mitzubringen, ebenso das Mitgliedsbuch als Plusveis. Es wird gebeten, die festgesetzten Sprechstunden strikte einzuhalten. Wer sie nicht beachtet oder das Mitgliedsbuch „berührt“, hat sich selbst zuzuschreiben, wenn er umsonst kommt.

*

Siegen: Die am Sonntag, den 7. Juli, hier selbst stattgefundene Verwaltungsstellenkonferenz der Ortsgruppenvorstände und Kassierer nahm einen überaus anregenden Verlauf. Am Abend waren 125 Kollegen, die 5000 Mitglieder vertreten. Die Ortsgruppen Herdorf und Oberweißbach waren am Erscheinen verhindert. Unentschuldig fehlten die Ortsgruppen: Irngarten, Dählbruch, Trupbach, Gollensbach, Rhode, Dachen und Wallau. Wenn auch die Verkehrsverhältnisse manche von diesen Ortsgruppen am Erscheinen gehindert, so muß doch in Zukunft erwartet werden, daß alle Ortsgruppen auf den Verwaltungsstellenkonferenzen vertreten sind.

Aus dem erstatteten Tätigkeitsbericht des Kollegen Maurer war eine große Steigerung der vielfältigen Kriegsarbeiten unseres Verbandes, sowie auch eine gute Nachwuchsentwicklung der Mitgliederbestände zu entnehmen. Der Bericht, wie auch die rege Aussprache, berührten alle Tagesfragen der Arbeiterschaft, sowie auch die Entwicklung und den Ausbau unseres Verbandes. In seinem Schlußwort konnte der Berichtserstatter nur seiner Freude über die vielfachen Anregungen der Aussprache und namentlich auch über den Stand der redigierten Kollegen Ausdruck geben, die den Bericht nach allen Seiten hin ergänzten. Als Ergebnis der Beratung sind folgende Punkte besonders hervorgehoben worden.

Zunächst ist im Falle der gewöhnlichen Feuerung in den meisten Betrieben eine weitere Erhöhung der Löhne anzustreben. Von den Arbeitgebern und von den Schlichtungsstellen wird gewünscht, daß sie bei Lohnverhandlungen der Feuerung mehr Rechnung tragen. Durch mehr oder weniger andauernde Betriebsstörungen läßt die Arbeitslosigkeit nach und niedrige entlohnte Tagelohnarbeit muß ausgefüllt werden. Das Arbeiterentfremden wird dadurch wesentlich gemindert. Dagegen zeigen die vorliegenden Gewinne der Werke eine weitere ansehnliche Steigerung. Die Tagelohnarbeit muß darum in einem höheren Maße und in einem besseren Verhältnis zum Arbeitsverdienst entschädigt werden. Gegen das Verhalten des Siegerländer Arbeitgeberverbandes, der seine Werkmitarbeiter ausgrenzt, hat keine Schlichtungen mehr bezugnehmend, den Schlichtungsstellen bei Entschädigungen überhöhten Forderungen keine Rücksicht auf Löhne zu geben und der wohl auch die treibende Kraft in den Bestrebungen ist, die Schlichtungsstellen in der Mithilfe der Schlichtungsstellen auszuschließen, wird in der bestimmtesten Weise Protest erhoben. Die Grundbedingungen dürfen nicht noch mehr verletzter werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist dringend notwendig und es soll in besonderem Maße werden, die durch den Samstagnachmittag-Freibrief zu erreichen. In den holländischen Kriegslagern sprach die Konferenz ihre Entschlossenheit, darüber aus, daß sozialdemokratische Abgeordnete in den Parlamenten das Volk zur Revolution aufzurufen und im übrigen dem Vaterland die Mittel zur Weiterführung seines Verteidigungskrieges nicht mehr beizubringen wollten. Ist eine wirksame Durchsetzung der grundsätzlichen Anforderungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegenüber kapitalistischen Meinungen und Forderungen soll in Zukunft noch mehr geschehen. Bedauert wurde, daß von einem großen Teile der konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Junglingsvereine nach dieser Richtung hin nicht tatlos geschickt, als notwendig ist. Jede Ortsgruppe muß unter allen Umständen in jedem Monat eine Monatsversammlung abhalten. Wo die Vorstände dieses verweigern, da müssen die Mitglieder darauf drängen. Unsere großen Aufgaben in der Gegenwart und in der Zukunft bedürfen zu ihrer Erledigung dringend einer weiteren Stärkung unseres Verbandes durch Aufnahme von neuen Mitgliedern. Alle Mitglieder werden aufs neue verpflichtet, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken.

Zu weiteren beauftragte sich die Konferenz mit der Aufstellung von Vertretern zur Verbands-Generalversammlung, sowie mit der Stellung von Anträgen an die Verbands-Generalversammlung. Nach längerer Aussprache wurde ebenfalls eine einstimmige Beschlüsse erzielt.

Einen sehr instruktiven und praktischen Vortrag hielt alsdann Kollege Schrage über die Führung der Gespräche, des Lesens und Beitragswesens in den Ortsgruppen. Wir dürfen wohl hoffen, daß auch diese beachtenswerten Anregungen nicht vor den Vorständen und Kassierern spurlos von allen Mitgliedern gehen ist beizugehen werden. Denn erst durch die persönliche Erledigung dieser wesentlichen Verbandsaufgaben ist die notwendige Kontaktaufnahme gegeben, welche erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Auch diesem Vortrag folgte noch eine kurze wichtige Aussprache.

Darauf wurde alsdann die anregend verlaufene Konferenz mit Dank an die Vortragenden, sowie mit einem herzlichen Dankeswort an die Kollegen an den Vorstand, und mit einem begeistert angenommenen Beschluß an den Christlichen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

*

Als a. 2. In einer sehr gut besetzten Betriebsversammlung nahm die Arbeiterschaft der Firma Wieland a. G., Westinghouse-Werk Stellung zur Angelegenheit der Lohnfrage und der Arbeitszeitverkürzung. Kollege Spindler-Westinghouse die Wünsche und stellte folgende Forderungen an die Arbeiterschaft auf, die der Firma durch den Arbeitgeber ausgedrückt werden.

- 1. Die Arbeitszeit beträgt höchstens 54 Stunden.
2. Die Stundenlöhne für gelehrte und ungelehrte, selbständige Arbeiter werden um 25 Pfg. für ungelehrte Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um 20 Pfg. für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unter 21 Jahre um 13 Pfg. erhöht.
3. Das Altersrenten soll geregelt werden, daß volljährige gelehrte Arbeiter nicht unter 1,20 M. und ungelehrte Arbeiter nicht unter 1,20 M. pro Stunde verdienen.

jährige angeleitete Arbeiter nicht unter 1,20 M. pro Stunde verdienen.

4. Weibliche Arbeiter erhalten die gleichen Arbeitslöhne wie die männlichen.

5. Für Nacht- und Sonntagsarbeit wird 30 Prozent Aufschlag bezugt.

6. Beurlaubte werden nach den Richtlinien mit 10 Prozent Abzug entschädigt. Für Abreise erhalten Beurlaubte zwei Drittel des vollen Arbeitslohnes.

Die Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und der Firma ergaben, daß Punkt 1., 4., 5 und 6 von der Firma genehmigt und anerkannt wurden. Zu Punkt 2 wurde von der Firma ein Zugeständnis für alle Arbeiter von 8-10 Pfg. pro Stunde gemacht.

In Punkt 3 sagte die Firma eine Erhöhung zu und zwar für Form- und Kernmacher von 15 Prozent; Maschinenarbeiterinnen 10 Prozent, Werkzeugmacher 5 Prozent, Werkzeugdreher 20 Prozent.

Diese Zugeständnisse lehnte die Arbeiterschaft in einer Arbeiterversammlung als ungenügend ab, konnte aber nichts dagegen machen, da der Arbeiterausschuß dieselben mit 10 gegen 5 Stimmen als zufriedenstellend bezeichnete; obwohl der Arbeiterausschuß von der Arbeiterschaft beauftragt hatte, der Firma gegenüber sich nicht zu äußern, bevor die Arbeiterschaft gehört war.

Wenn solche Dinge heute noch möglich sind in einem Betriebe, wo mehr als 600 Arbeiter beschäftigt sind, dann zeigt das eben zur Genüge, daß hier etwas fehlt, nämlich ein unabhängiger Arbeiterausschuß und eine ebenso starke Arbeiterschaft. Dies heißt aber solange, als die Arbeiterschaft in den Tag hinein lebt, wie bisher.

Kollegen! Kolleginnen! Kauft euch endlich einmal auf! Schließt euch der Organisation, dem Christlichen Metallarbeiterverband an. An die Arbeit zu neuen Taten und weiteren Erfolgen.

*

Dem Schwarzwalde. Die am 7. Juli auf den Höhen des Schwarzwaldes, der Jungfalle, stattgefundene gemeinsame Tagung der Schwarzwalddaruppen erzielte sich ein sehr reichhaltiges Programm. Bezirksleiter Kollege Gengler (Stuttgarter) hielt die erregenden Kollegen und Kolleginnen mit herzlichen Worten willkommen und sprach dann über die Kriegsarbeit der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und auf dem Schwarzwalde im besonderen. Er gab hierbei ein Bild des Konfliktkampfes von Deutschlands Industrie auf dem Weltmarkt, des Wirtschaftskampfes Englands und Amerikas gegen Deutschland, von dem gerade unsere Schwarzwalder Industrie betroffen wurden. Mit Befriedigung konnte der Redner hervorheben, daß unser christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands auf dem Schwarzwalde seit Anfang 1917 wesentliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Diese Fortschritte zu verfestigen, muß Aufgabe aller Mitglieder sein. Die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes hat ihre vaterländische Arbeitspflicht während des Krieges voll erfüllt. Die Unternehmer haben fast durchweg gute Gewinne gemacht. Nicht im Einklang mit diesen und den Lebensverhältnissen stehen aber die Arbeitslöhne. Hier ist Besserung notwendig. Viele Arbeitgeber lassen sich durch falschen Wohlstand verleiten. Aber auch in der Arbeiterschaft des Schwarzwaldes erlassen leider noch viele nicht das Gebot der Stunde: Anschließung an die Organisation und gemeinsames Arbeiten zur Hebung der Arbeitsverhältnisse.

Zu hochwichtigen Vorlegungen sprach Herr Universitätsprofessor Dr. Martin Spahn (Straßburg) über Aufgaben von Volk und Arbeiterschaft. In kurzen Zügen ließ er die Geschichte der Entwicklung der Schwarzwalder Industrie und die Beziehungen zu anderen Völkern vorüberziehen, um dann Stellung zu nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft. Während hat sich Deutschland und in ihm der Arbeiterstand emporgeschoben. Das Emporgelien darf nicht verloren gehen. Der Arbeiterstand gewinnt sich bei anderen Völkern durch hohen Idealismus aus. Der Niedergang Deutschlands ist ohne Arbeiterstand nicht möglich. Der Krieg ist auch die große Stunde der Arbeiterschaft. Die gilt es zu erfüllen. Die Gewerkschaften der Arbeiter werden in der Zukunft die Hauptstütze Deutschlands einen hervorragenden Platz einnehmen. Bisher hat man sich darauf hin. Die Zukunft Deutschlands hängt vom Siege ab. Wir dürfen nicht behaupten werden. Zudem ist eine feste Zusammenfassung von Kirche und Arbeit zum Wohle des Vaterlandes notwendig. Der christliche Gewerkschaftsverband zeigt die richtige Grundlage. Er gibt der Arbeiterschaft nicht nur materielle, sondern auch geistige Hilfe. Die Arbeiterschaft darf an sich halten und sie wird in dem nachfolgenden Kampfe der christlichen Gewerkschaften, die der Arbeiter als eine Notwendigkeit für die Arbeiterschaft bezeichnet. Ihre Gründung in das Staats-, Volks- und Wirtschaftsleben der Gegenwart haben.

Die Ausführungen beider Redner fanden beim christlichen Metallarbeiter-Verein (Hülshorst) gab in warmen Worten dem Dank der Schwarzwalder Kollegen Ausdruck. Anschließend an die Rede des Herrn Universitätsprofessors Dr. Spahn: Die Arbeiterschaft darf nur wollen! forderte er die Arbeiter auf, dieses durch die Tat zum Ausdruck zu bringen. Die Organisation ist eine Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterschaft. Es gilt es zu stärken und auszubauen. Auf geht es! Kollegen und Kolleginnen! Es, dafür tätig zu sein, daß die Arbeiterschaft mittels des Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Denn wird es auch möglich sein auf der Höhe des Schwarzwaldes gesunde Wirtschaftsverhältnisse durchzuführen.

Beiträge und Gesänge bekränzten die Tagung und hochwichtig markierten die Teilnehmer in den Abendstunden ihres Heimweges zu. Am gilt es, unser Vollen zum Ausdruck zu bringen durch Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands.

Veranstaltungs-Kalender und Bekanntmachungen.

Sonntag, den 26. Juli 1918.
Schwarzwald-Gitarre. Abends gleich nach Feierabend im Lokale Kappelerstraße, Donnerstraße, Mitgliederversammlung.

Sonntag, den 27. Juli 1918:
Essen Jugendabteilung. Abends 8 Uhr, Unterrichtsabend bei Borgießer, Frohnhauser Straße.
Dortmund 2. Abends 8,30 Uhr, im Lokal Bergemann, Diefenbachstr. 1.

Sonntag, den 28. Juli 1918:
Mülheim-Ruhr. 10,45 Uhr bei Tappe, Böhntstraße 36. Vortrag des Kollegen Henkemeier. Alle Kollegen und Kolleginnen werden dringend dazu eingeladen.
Düsseldorf. 5 Uhr bei Kupper.
Essen-Altenessen. Abends 7 Uhr bei Dönges, Bauminghausstr.
Essen-Hellingshausen. Morgens 11 Uhr, bei Schröder, Frankstraße.
Essen-Verges-Vorbeck. Morgens 11 Uhr bei Knepper, Bocholter Straße.
Dortmund 1. Vorm. 11 Uhr im Lokal Kroll, Körnerplatz.
Dortmund-Lützen. Vorm. 10 Uhr im Lokal Müllmann, Borker Straße.
Dortmund-Hörde. Abends 6,30 Uhr Vertrauensmännerberufung bei Stölze.
Gelsenkirchen-Zentrum. 10,30 Uhr bei Schmidtmann, Fürstinnenstraße.
Gelsenkirchen-Düstererwartung. 3 Uhr bei Ringenauer, Kottbuschstr.
Essen. 3 Uhr im Wilhelmshof, Bahnhofstraße 19, gemeinsame Versammlung der Arbeiterschaftsmitglieder und Vertrauensmänner des Kreises Essen. Einladungen, die zum Eintritt berechtigten, sind auf dem Büro erhältlich.

Mittwoch, den 31. Juli 1918:
Marxloh. Abends 8 Uhr bei Bruch, Marienstr.

Sonntag, den 1. August 1918:
Duisburg-Mülheim-Derhausen. 3,30 Uhr findet in Duisburg die Hauptversammlung des Verwaltungsbezirks statt. Der Tag ist freizuhalten.
Karlsruhe. Vormittags 10,30 Uhr, im Palmengarten Tambornierte Versammlung.
Duisburg. 4 Uhr im Brauhaus in Scheer allgemeine Mitgliederversammlung.

Geldgänge bei der Hauptkasse.

Table with columns: Name, Amount, and Date. Includes entries for M. Glöckner, Viefelb, Ufm, etc., with amounts ranging from 400 to 3000.

Kassen-Note

Für die hiesige Sparrasse wird ein verheirateter Kollege...
Schatz 1600 M. feinstes alle 2 Jahre um 100 M. bis um Höhe betrage von 2400 M. Genu kommt eine Leihungsbüchle nach d. Höhe für Staatszwecke. Außerdem freie Wohnung und 100 M. Barrentschädigung für Heizung und Reinigung im Sparrassen-Gebäude, die der Anlage dienliche übernehmen muß.

Erweiterungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften einzureichen an die Christliche Sparrasse Sterkrade.
Sternstr. 5. Juli 1918.
Der Oberbürgermeister: Dr. Hoff.

Der moderne Metallarbeiter

Kollege für Dreher, Schloffer und Maschinenbauer, 4. Aufl. 348 Seiten, geb., 135 Abbild. Von Otto Schwann. Dieses Werk zeigt jedem Metallarbeiter in der Hand schnell und klar die vornehmenden Berechnungen der Räder an Drehbänken zum Gewintheinbau vornehmen zu können. Es enthält ferner Festigkeitslehre, Stahl und seine Verwendung, Berechnungen der Tourenzahl um leicht zu drehen, Umrechnung von Zoll in Millimeter, Tabellen der Kreisumfang, Verzahnung, Flächen-, Mantel-, Kubinhalt u. Gewichtsberechnung, Schrauben- und Gewindefacheln, Fräsen von Zahnkränzen, Kurven und Spiralen, Bestimmung der Pferdewerte und vieles andere Wissenswerte. Das Werk ist in einfacher, klarer Weise von einem Kollegen geschrieben und daher bestens zu empfehlen. Gegen Einsendung von 5,20 M. oder Nachn. 3,50 M. Ebn. Hermann, Abt. 34, Berlin, Friedrichstr. 51, Postfach 798.

Unentbehrlich für jeden Dreher ist die

Verhältnistabelle

Dieselbe ermöglicht die Berechnung eines jeden Gewindes ohne 127er Rad an jeder Leitspindel-Drehbank. Neu verbesserte und vermehrte Ausgabe. Preis 2.- Mk.
Zu beziehen durch den Verfasser:
Friedr. Fuchs, Essen-West, Berlinerstraße 157.
Auch zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Christl. Metallarbeiterverbandes Essen (Ruhr) Frohnhauserstraße 19.